
Beschluss des 5. Landesrat vom 25. bis 26. Juli 2015 in Ingolstadt

Gesundheitsprogramm für jeden Menschen schaffen und 2-Klassen-System abschaffen - Einführung des „Bremer – Modells“ auch in Bayern

Die Geflüchtetenpolitik ist zwar in erster Linie Bundessache, für die Umsetzung ist aber die Verwaltung in den Kommunen verantwortlich. Die Grüne Jugend Bayern setzt sich dafür ein, dass alle Asylsuchenden in die gesetzliche Krankenkasse aufgenommen werden. Mit dem „Bremer Modell“ können Asylsuchende die Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen, ohne in jedem Fall eine Bewilligung der zuständigen Dienststellen einholen zu müssen. Das heißt, dass es einerseits für die Betroffenen einen gleichberechtigten Zugang zu gesundheitlichen Leistungen gibt und andererseits eine Senkung des Bearbeitungsaufwandes erfolgt. Durch die immensen Einsparungen in der Bürokratie der Sozialämter wird trotz des unbürokratischeren Zugangs der Asylsuchenden zu medizinischer Versorgung gewährleistet, dass die Gesundheitskosten nicht steigen. Dies ist beispielsweise in Bremen zu beobachten. Mit dem „Bremer-Modell“ erhalten Leistungsberechtigte nach §§ 4 und 6 AsylbLG eine Krankenversicherten-Chipkarte der gesetzlichen Krankenversicherung. Das „Bremer-Modell“ richtet sich sowohl an neu ankommende Geflüchtete als auch an solche, die aufgrund nicht abgeschlossener Asylverfahren oder nicht durchführbarer Abschiebungen geduldet werden und die sich längere Zeit in den Wohnheimen aufhalten. Es ist ein humanitäres Armutszeugnis, dass in Deutschland für Asylsuchende nur eine medizinische Minimalversorgung voller bürokratischer Hürden vorgesehen ist, deshalb setzen wir uns für die Einführung des „Bremer-Modells“ ein.